Zeitschrift: Neue Schweizer Rundschau
Herausgeber: Neue Helvetische Gesellschaft
Band: 16 (1948-1949)
Heft: 4

Artikel: Die Problematik des "demokratischen" Sozialismus
Autor: Röpke, Wilhelm
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-759512

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 18.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

DIE PROBLEMATIK DES «DEMOKRATISCHEN» SOZIALISMUS

VON WILHELM RÖPKE

I.

In der Ablehnung eines «totalitären» Sozialismus — mag er sich nun Nationalsozialismus oder Kommunismus nennen — dürfte heute eine starke Mehrheit der Menschen aller Länder einig sein. Um so heftiger geht innerhalb dieser Mehrheit der Streit darüber ungeschlichtet weiter, welche Stellung dem «gemäßigten» oder «demokratischen» Sozialismus zukommt. Ist es ein Irrtum, wenn seine Vertreter in ihm die Vollendung des liberal-demokratischen Gedankens erblicken, oder ist es keiner? Ist es ein trüber Rückstand einer im übrigen überwundenen marxistischen Epoche, wenn sie den Glauben an die menschenbefreiende Mission des «Sozialismus» weiterschleppen, während sie den Kommunismus im Namen von Idealen bekämpfen, für die Marx nur Verachtung gehabt hat? Oder haben sie das Recht, diesen Gedanken entrüstet zurückzuweisen?

Wenn im folgenden versucht werden soll, diese Fragen durch einen Beitrag zu klären, so können wir nicht umhin, mit der Charakterisierung eines Hauptfehlers des sogenannten «gemäßigten» Sozialismus zu beginnen. Er ist darin zu suchen, daß seine meisten Vertreter nicht hinreichend ökonomisch geschult sind, um das Problem als ein solches der *Wirtschaftsordnung* zu erfassen und sich vor Augen zu halten, um welche Aufgabe es sich hierbei handelt. Sie erkennen nicht, daß das Problem der Wirtschaftsordnung darin besteht, ein befriedigendes System von Ordnungs- und Antriebskräften zu schaffen und lebenskräftig zu erhalten, und sehr viele scheinen keine sehr klaren Vorstellungen davon zu haben, was das eigentlich heißt. Daher sträuben sie sich gegen die nüchterne Feststellung der Nationalökonomen, daß es in einer hochentwickelten Wirtschaft gleich der unsrigen nur zwei solcher möglichen Systeme gibt, die wir als Marktwirtschaft und Befehlswirtschaft einander gegenüberstellen, und sie halten das leicht für eine böswillige Erfindung. Sie beachten daher nicht, daß wir uns entscheiden müssen, auf welche Ordnungs- und Antriebskräfte denn das Wirtschaftsleben *im ganzen* gegründet werden soll. Indem sie sich an die Möglichkeit eines «Mittelweges» klammern, verkennen sie, daß,

wenn weder die Preise noch die Behörden die Produktion regeln, das dritte nur Chaos sein kann, und daß es hier, wo es sich um die Frage der Wirtschafts*ordnung* handelt, nicht den «Dritten Weg» geben kann, von dem mit Recht dort die Rede ist, wo es sich um die innere Ausgestaltung und um den äußeren Rahmen der Marktwirtschaft handelt. Weder die Sozialisierung einzelner Wirtschaftszweige noch die Genossenschaften noch irgendeine Form syndikalistischer Selbstverwaltung der Wirtschaft noch auch Gebilde wie die «Tennessee Valley Authority» — jenes Paradepferd des demokratischen Sozialismus, das außerdem noch in einen ganz anderen Stall gehört — können uns die Entscheidung zwischen den beiden Ordnungssystemen ersparen. Viele dieser Reformen verdienen unsere ungeteilte Sympathie, aber keine von ihnen sagt uns, wie denn nun für die nötigen Ordnungs- und Antriebskräfte gesorgt werden soll. Immer bleibt die Frage: soll es das Preissystem oder soll es die Behörde sein? Wer das bestreitet, muß sich den Vorwurf gefallen lassen, daß er die Frage noch nicht zu Ende gedacht hat, wobei es ihm ein Trost sein mag, daß er sich in guter Gesellschaft befindet.

Es ist sehr begreiflich, daß sich die Vertreter eines «gemäßigten» Sozialismus heftig dagegen sträuben, sich mit dieser modernen Theorie der Wirtschaftsordnungen zu beschäftigen. Wenn nämlich Marktwirtschaft einerseits und Befehlswirtschaft anderseits die Möglichkeiten der Ordnungsprinzipien erschöpfen, so wird der «gemäßigte» Sozialismus in seinen Grundlagen getroffen, und es erhebt sich die Frage, ob ein solcher Sozialismus überhaupt noch möglich ist, sofern wir dem Ausdruck «Sozialismus» jetzt nicht einen völlig neuen Sinn unterschieben und darunter lediglich eine radikal reformierte Form der Marktwirtschaft verstehen. Wenn wir aber das Problem in aller Schärfe so stellen, wie es die nationalökonomische Theorie verlangt, und die Wahl zwischen den beiden Ordnungssystemen zu treffen haben, so ist es heute deutlich geworden, daß die Befehlswirtschaft (Kollektivismus) in dreifacher Weise enttäuschen muß: als ein Weg zur Unfreiheit, als ein Weg zur internationalen Entzweiung und als ein Weg zur Unordnung der Wirtschaft.

Das ist ein hartes Urteil, das man nicht etwa damit abtun kann, daß man es als eine blosse Meinung bezeichnet, mit der der Nationalökonom aus dem Tempelbezirk der Wissenschaft heraus auf den politischen Markt träte. Es ist vielmehr ein echtes wissenschaftliches Urteil, welches nüchtern feststellt, daß der Kollektivismus ein durchaus untaugliches Mittel zur Erreichung der Ziele ist, in denen wir uns alle einig sind und die seine antitotalitären Vertreter sich selbst gesteckt haben. Wir alle schätzen Freiheit und Bürgerrechte über alles, und der Kollektivismus nimmt sie uns Stück für Stück. Wir alle wünschen die

Gemeinschaft der Völker, und der Kollektivismus sperrt sie voneinander ab. Wir alle erstreben eine wohlgeordnete, produktive und gerechte Wirtschaft, und der Kollektivismus beschert uns Unordnung, Mangel und neue Ungerechtigkeit.

II.

Daß der Kollektivismus ein *Weg zur Unfreiheit* ist, ist eine These, die sich auf bekannte Argumente stützt, und eine Erfahrung, die schwerlich umzudeuten ist. Daß uns hier Hinweise auf Genossenschaften, Gewerkschaften, Tennessee Valley Authority und andere Formen eines «Ersatzsozialismus» nicht das geringste nützen, sei nachdrücklich wiederholt. Der Kern der Sache ist ja dieser: wenn die Preise nicht mehr die Volkswirtschaft ordnen und zur Leistung antreiben, so bleibt nur die Obrigkeit als Ordner und Antreiber übrig; der Staat aber, der die Herrschaft über das Wirtschaftsleben an sich reißt und die nackte Existenz jedes einzelnen von seiner Entscheidung abhängig macht, muß uns notwendigerweise die Substanz der Freiheit selbst entziehen. Er wird zu jenem «Krokodil», von dem uns Hippolyte Taine in seinem klassischen Bericht von der kollektivistischen Herrschaft der französischen Jakobiner ein unvergeßliches und heute wieder höchst zeitgemäß gewordenes Bild gegeben hat.

Daß dem so sein muß, erkennen wir mit besonderer Deutlichkeit, wenn wir uns erinnern, welches die zu lösende Aufgabe der Wirtschaftsordnung ist: Minute für Minute muß durch Millionen und Abermillionen von Einzelentscheidungen dafür gesorgt werden, daß das Richtige in den richtigen Proportionen erzeugt wird. Was aber ist das Richtige? Zweifellos das, was diejenigen wünschen, deren Bedürfnisse zu befriedigen das Ziel der Wirtschaft ist, das heißt die Menschen als *Konsumenten*[1]. Die «richtige» Produktion ist also streng

[1] Wenn die Leiter einer sozialistischen Planwirtschaft sich an das «demokratische» Ideal halten und nicht der Versuchung zu irgendeinem Pharaonismus erliegen wollen, so können sie nicht anders, als gleichfalls die Bedürfnisse der einzelnen zur obersten Richtschnur ihrer Befehlswirtschaft zu machen. Ihre Mission können sie dann nur ableiten: entweder aus der Hypothese, daß sie die Bedürfnisse der Konsumenten besser interpretieren können als diese selbst, oder aus der Annahme, daß die bestehende Einkommensverteilung die Bedürfnisse der einzelnen in einer sozialphilosophisch nicht zu billigenden Weise zu Produktionsimpulsen und damit die Produktionssteuerung durch den Markt korrekturbedürftig macht, oder letztens aus der Ueberzeugung, daß das langfristige Konsumenteninteresse gegen das kurzfristige und daher oft kurzsichtige Konsumenteninteresse geschützt werden muß. Alle diese drei Hypothesen liefern Ansatzpunkte einer aktiven Wirtschafts- und Sozial-

durch die Wünsche der Konsumenten bestimmt, und wir bedürfen eines Apparates, der uns gestattet, von jedem einzelnen Minute für Minute zu erfahren, was und wieviel unter den Millionen von möglichen Gütern produziert werden soll. Nun gibt es nur einen einzigen Apparat, der diese ungeheure Aufgabe bewältigen kann, nämlich den Markt. Diese «Demokratie» des Marktes hat viele Nachteile, die man korrigieren kann und soll, aber sie ist die einzige Möglichkeit, die Konsumenten, deren Befriedigung das Ziel der Produktion ist, zu ihren Herrschern zu machen. Wenn der Ausdruck «wirtschaftliche Demokratie» den Sinn haben soll, daß das Volk selbst — nicht in seiner abstrakten und fiktiven Repräsentation durch den Staat und seine Bürokratie, sondern in seinen konkreten Individuen und unter Achtung jedes Einzelwillens — den Gang des Wirtschaftslebens bestimmen soll, so ist die auf dem Wettbewerb gegründete Marktwirtschaft die einzige Möglichkeit, dieses Ideal zu verwirklichen.[2]

Der Kollektivismus, den viele im Namen der «wirtschaftlichen Demokratie» fordern, vernichtet die einzige Möglichkeit, sie zu verwirklichen. Das ist es, was man sich nicht eindringlich genug vor Augen halten kann. Die Eventualität, daß selbst das «Krokodil» Taines, der kollektivistische Staat, die Konsumentenwünsche zur Richtschnur seines Planes nehmen *möchte*, ändert nichts daran, daß ihm diese Möglichkeit versagt ist, weil er durch die Zerstörung des freien Preismechanismus das einzige Instrument, die Konsumentenwünsche in ihrer unübersehbaren Mannigfaltigkeit zu ermitteln und als Impulse an die Produktion weiterzuleiten, außer Aktion gesetzt hat. Also bleibt ihm nichts anderes übrig, als seine Vorstellungen darüber, was und wieviel von jeder Ware produziert werden soll, dem Lande aufzuzwingen und mit den ihm zur Verfügung stehenden Machtmitteln zu verwirklichen.

Eine Wirtschaft au bon plaisir du prince — das ist das wirkliche Antlitz des Kollektivismus. Die ihm gemäße Staatsform muß der totale Staat sein, und für den Fall des Bolschewismus und des Natio-

politik, aber die Frage ist ja immer, ob sie ausreichen, die Verdrängung einer wesentlich marktwirtschaftlichen Wirtschaftsordnung durch eine wesentlich kollektivistische zu rechtfertigen. Diese Frage kann nur mit aller Entschiedenheit verneint werden.

[2] Wenn indessen unter «wirtschaftlicher Demokratie» eine Wirtschaftsverfassung verstanden wird, in der möglichst viele der in der Produktion Tätigen Eigentümer ihrer Produktionsmittel sind, so müssen wir feststellen, daß der Kollektivismus, der die Herrschaft über den Produktionsvorgang und das Eigentum an den Produktionsmitteln — de facto oder de jure — aufs äußerste konzentriert, uns von der Erfüllung des Ideals nur immer weiter entfernt, während uns innerhalb der Marktwirtschaft zum mindesten die Chance der Erfüllung bleibt.

nalsozialismus leugnet das niemand. Aber, so wird uns entgegengehalten, diese Erfahrungen beweisen nicht, daß man den Kollektivismus nicht auch auf «demokratischem» Wege verwirklichen könnte, unter freier Zustimmung des Volkes und unter Wahrung seiner elementaren Freiheiten. Viele europäische Sozialdemokraten hegen diese Erwartung, und spannungsvoll blicken sie auf das *Experiment der englischen Labourregierung.*

Ihnen ist zunächst entgegenzuhalten, daß wir, wenn wir den Kollektivismus als einen «Weg zur Knechtschaft» bezeichnen, uns nicht allein auf die *Erfahrung* der totalitären Länder, sondern auch auf einleuchtende *Erwägungen* stützen, die diesen Weg als unvermeidlich erweisen. Schon die Erfahrung sollte abschreckend genug sein. Wenn nun aber noch so gewichtige Gründe hinzukommen, die diese Erfahrung der totalitären Länder nicht als zufällig, sondern als notwendig erscheinen lassen, so ist der Versuch, sie durch ein Experiment an einem ganzen Volke zu widerlegen, mehr als waghalsig zu nennen, solange nicht wenigstens die die Erfahrung als notwendig erweisende Theorie bündig widerlegt ist. Kein gewissenhafter Arzt würde es wagen, mit dem Leben eines einzigen Patienten zu spielen, indem er eine Operation vornimmt, gegen die nicht nur alle Erfahrungen, sondern auch unwiderlegte Ueberlegungen sprechen. Es ist bezeichnend und erschreckend, daß in Deutschland während des Dritten Reiches ein noch heute an führender Stelle stehender Sozialist von den «Großversuchen» gesprochen hat, die der Staat «mit Menschen und Völkern» anstellen dürfe.

Aber ist denn das Experiment in England bisher nicht recht glimpflich abgelaufen? Ist England nicht trotz des Experimentes eines demokratischen Sozialismus immer noch eine freie Demokratie? Leider kann man nicht einmal dies mehr mit gutem Gewissen behaupten, nachdem so elementare Freiheiten wie die Arbeits- und Konsumfreiheit bereits aufgehoben sind und die Herrschaft einer dem Parlamente nicht mehr verantwortlichen Bürokratie sich immer mehr ausgebreitet hat. Vor allem aber: wenn trotzdem die englische Demokratie noch einigermaßen funktioniert, so ganz gewiß nicht der englische Sozialismus. Bisher ist er von einer Krise in die andere gestürzt.[3] Vor den letzten Folgen der Planwirtschaft und der damit verbundenen zurückgestauten Inflation ist er gleich dem Sozialismus der anderen europäischen Länder bisher durch die Hilfe jenes überseeischen Landes bewahrt worden, dessen freiem Wirtschaftssystem sich dieser fortgesetzt unterstützungsbedürftige europäische Sozialismus überlegen dünkt.

[3] Davon gibt jetzt ein eindrucksvolles Bild: *J. Jewkes,* «Ordeal by Planning», London 1948. Der Verfasser ist Professor der Nationalökonomie an der Universität Manchester.

Dank amerikanischen Dollars ist also der sogenannte «demokratische» Sozialismus bisher vor einer äußersten Notlage bewahrt worden, in der er gezwungen worden wäre, entweder mit einem wirklich totalitären Kollektivismus Ernst zu machen oder abzudanken. Weil Amerika mit seinem verachteten Wirtschaftssystem fortgesetzt in die Tasche gegriffen hat, brauchte der wirtschaftliche und politische Wechsel des Kollektivismus in Westeuropa bisher nicht honoriert zu werden, und dank dem Marshallplan wird er aufs neue prolongiert. Mit anderen Worten: Bisher ist kein Beweis dafür erbracht worden, daß ein «demokratischer» Sozialismus möglich ist, weil bisher noch immer die helfende Hand Amerikas ihn vor dem Absturz in den *totalitären Kollektivismus* bewahrt hat. Der Experimentalbeweis, den man gegen unsere Theorie hat führen wollen, ist durch die Subventionen und Kredite des marktwirtschaftlichen Teiles der Welt — zu dem auch die Schweiz gerechnet werden muß — bisher immer wieder hinausgeschoben worden, und im Grunde schaudern die Führer der sozialistischen Staaten Europas selber am meisten vor dem Gedanken, daß diese Gnadenfrist einmal nicht verlängert werden sollte.

Aber selbst für dieses milde Stadium eines von den marktwirtschaftlichen Ländern subventionierten Sozialismus besteht heute noch zu Recht, was A. de Tocqueville vor mehr als hundert Jahren über ein solches Regime geschrieben hat: «Après avoir pris ainsi tour à tour dans ses puissantes mains chaque individu, et l'avoir pétri à sa guise, le souverain étend ses bras sur la société tout entière; il en couvre la surface d'un réseau de petites règles compliquées, minutieuses et uniformes, à travers lesquelles les esprits les plus originaux et les âmes les plus vigoureuses ne sauraient se faire jour pour dépasser la foule; il ne brise pas les volontés, mais il les amollit, les plie et les dirige; il force rarement d'agir, mais il s'oppose sans cesse à ce qu'on agisse; il ne détruit point, il empêche de naître; il ne tyrannise point, il gêne, il comprime, il énerve, il hébète, et il réduit enfin chaque nation à n'être plus qu'un troupeau d'animaux timides et industrieux, dont le gouvernement est le berger. J'ai toujours cru que cette sorte de servitude réglée, douce et paisible, dont je viens de faire le tableau pourrait se combiner mieux qu'on ne l'imagine avec quelques-unes des formes extérieures de la liberté.»[4] Was Tocqueville noch entgangen war, ist der Umstand, daß es sich hier nur um einen euphorischen Uebergangszustand handelt, da die wirtschaftliche Funktionsunfähigkeit eines solchen Regimes es schließlich in eine Not bringt, die es zwingt, seine Krallen auszustrecken oder zur überwiegenden Marktwirtschaft zurückzukehren.

[4] *A. de Tocqueville*, «De la Démocratie en Amérique», Ausgabe von 1840, Band IV, 4. Teil, 6. Kapitel.

III.

«Formes extérieures de la liberté», sagte Tocqueville. In der Tat bleibt ja zum Beispiel dem britischen Volke zum mindesten die Freiheit, die sozialistische Regierung in den nächsten Wahlen zu stürzen. Aber hier ist nun ein überaus wichtiger weiterer Punkt, der um so mehr Hervorhebung verdient, als er wenig beachtet wird. Die Frage ist nämlich, inwieweit selbst diese Freiheit durch den Sozialismus ungewollt zu einer mehr und mehr theoretischen abgewertet wird.

Der Sozialismus unterscheidet sich von allen anderen Parteien, die die Spielregeln der Demokratie anerkennen, dadurch, daß sein *Programm revolutionär* ist, weil es auf eine Aenderung der Grundlagen der Gesellschaft zielt. Aber man kann nicht alle fünf Jahre abwechselnd für eine Revolution und für eine Gegenrevolution stimmen, und man kann nicht alle fünf Jahre Industrien und Banken abwechselnd nationalisieren und an Private versteigern. Durch den revolutionären Charakter seines Programms stellt sich der Sozialismus selbst in seiner «demokratischen» Abart außerhalb des Rahmens der fundamentalen Bedingungen, die in der Demokratie stillschweigend vorausgesetzt werden müssen, wenn sie so funktionieren soll, wie es bisher in einem Lande wie England oder Norwegen der Fall gewesen ist. Er schafft wirtschaftliche Tatsachen, die die Freiheit des Wählers in Frage stellen, weil sie schwer rückgängig zu machen sind, wie das Beispiel der Nationalisierung beweist.

Noch schlimmer aber ist es vielleicht, daß der Sozialismus das Land immer tiefer in wirtschaftliche Schwierigkeiten — zum Beispiel in die sogenannte «Krise der Zahlungsbilanz» — verstrickt, von denen schließlich nur noch einige wenige, kaum gehörte und kaum mehr ernst genommene Nationalökonomen erkennen, daß sie eine Folge der sozialistischen Politik und ihrer Fehlplanung sind. So kommt es, daß sogar der nichtsozialistische Wähler diesen Zusammenhang aus dem Auge verliert und sich an die Befehlswirtschaft als ein vermeintlich notwendiges Uebel gewöhnt, zum mindesten keine Antwort mehr auf das Argument der Regierung weiß, daß «Mangelwirtschaft» und «Dollarknappheit» ein nationaler Notstand seien, der die Wiederherstellung der Marktwirtschaft ausschließe. Der Sozialismus verwandelt also die Freiheit, ihn zu beseitigen, dadurch weitgehend in eine bloß theoretische, daß er sich durch die Schwierigkeiten, die er selber schafft, in den Augen selbst der nichtsozialistischen Wähler unentbehrlich zu machen versteht und eine Atmosphäre erzeugt, in der keine Gegenprogramme mehr gedeihen wollen. Das gelingt ihm deshalb so gut, weil schon einige nationalökonomische Bildung dazu gehört, um etwa die «Krise der Zahlungsbilanz» oder die recht ge-

dankenlos so getaufte «Dollarknappheit» als Folgen der Fehlplanung sozialistischer Regierungen zu erkennen.[5] So entsteht eine wirtschaftliche Situation, in der der prinzipielle Widerstand gegen den Sozialismus erlahmt, bis schließlich Misere, Unfreiheit und Absperrung so unerträglich werden, daß die Schleier zerreißen.

[5] Vgl. jetzt: *F. A. Lutz*, «The Marshall Plan and European Economic Policy», Princeton 1948; *Roy Harrod*, «Are These Hardships Necessary?», London 1947.